

Zeit ist Geld

Wer häufig Post von Bußgeldbehörden wegen Ordnungswidrigkeiten der Firmenwagenfahrer erhält, weiß um den hohen Arbeitsaufwand damit. Kaum einer kennt jedoch das Recht auf Entschädigung für das Ausfüllen und Zurücksenden von Zeugenfragebögen.



Wer war es? Egal ob Rotlichtverstoß, Geschwindigkeitsüberschreitung, Handy am Steuer, Abstandsunterschreitung oder sonstige Verstöße der Fahrer von Firmenfahrzeugen: Die Behörden möchten von Ihnen wissen, wer gegen Verkehrsregeln verstoßen hat. Der Fuhrparkleiter oder Geschäftsführer kommt für die Firma seinen „Bürgerpflichten“ nach, füllt den Zeugenfragebogen aus und schickt ihn zurück.

Entschädigung in Geld

Doch was die meisten von ihnen nicht wissen: Für diese Mühe und Arbeit sprechen viele Gerichte eine finanzielle Entschädigung in Geld zu. Denn eines bleibt Fakt: Der Fuhrparkleiter oder Geschäftsführer wird als Zeuge in Anspruch ge-

nommen. Und für diese Fälle normiert das Gesetz eine Entschädigung.

Rechtsgrundlage sind die §§ 19 ff Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG) in Verbindung mit § 2 Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen (ZSEG).

Kurz gefasst: Wird vonseiten der Bußgeldbehörden beispielsweise eine Zeugenanfrage an eine Autovermietung gestellt, die sich darauf bezieht, Angaben zu einer Person zu machen, die mit dem angemieteten Fahrzeug eine Ordnungswidrigkeit begangen haben soll, und beantwortet die Autovermietung diese, kann sie hierfür eine Zeugenentschädigung in Höhe von 19 Euro geltend machen. Nichts anderes dürfte für Firmen mit eigenem Fuhrpark gelten.

Viele Bußgeldbehörden lehnen jedoch zunächst einen Anspruch auf Zeugenentschädigung ab. Als Argument führen sie an, dass eine juristische Person nicht als Zeuge in Frage käme. Ferner wird angegeben, dass man nicht „Dritter“ im Sinne des § 23 JVEG sei, da man nicht am Verfahren unbeteiligt ist. Nicht zuletzt stellt man anheim, die Kosten dem eigenen Kunden in Rechnung zu stellen.

Zuspruch durch Gerichte

Doch Betroffene sollten nicht gleich die Flinte ins Korn werfen. Auch wenn die Behörde einen Ablehnungsbescheid erlässt, hat derjenige die Möglichkeit, die Angelegenheit dem zuständigen Amtsgericht zur Entscheidung vorlegen zu lassen. In einer Vielzahl uns bekannter Verfahren werden Beschlüsse erlassen, dass der Ablehnungsbescheid aufgehoben und festgestellt wird, dass der Halter wie ein Zeuge zu entschädigen ist. Wir zitieren statt vieler das Amtsgericht Hersfeld (Aktenzeichen: 11 OWI 764/08 B): „... Die ablehnenden Meinungen und Entscheidungen halten einer kritischen Überprüfung nicht stand. Sie setzen sich nicht ausreichend mit den Regelungen des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes (JVEG) auseinander. Im vorliegenden Fall hat die Bußgeldbehörde eine rechtlich fehlerhafte Maßnahme ergriffen. Richtigerweise hätte ein Auskunftersuchen gem. § 23 JVEG übersandt werden müssen. Die Bußgeldbehörde muss sich jedoch an ihrer Entscheidung festhalten lassen. Dies bedeutet, dass die Autovermietung wie ein normaler Zeuge in entschädigungsrechtlicher Hinsicht behandelt werden muss ...“

Weiterbelastung an Fahrer

Nicht vergessen werden sollte aber, dass die Kosten seitens der Behörden oder Gerichte den Fahrern weiterbelastet werden. Dies bedeutet, dass den Fahrern die Zeugenentschädigung als erhöhte Ermittlungskosten im Rahmen des Bußgeldverfahrens zusätzlich belastet werden können.

INKA PICHLER



Inka Pichler,
Rechtsanwältin
für Verkehrs- und
Versicherungs-
recht, Partnerin
der Kanzlei
Kasten, Mattern
& Pichler in
Wiesbaden